

Mangelware Arzt – auch bei uns?!

Im Lichtenfelser Stadtschloss diskutierte Gesundheits-Staatssekretärin Melanie Huml mit Kommunalpolitikern, Vertretern der ärztlichen Selbstverwaltung, Ärzten und Patienten der Region über Perspektiven der Versorgung im ländlichen Raum.

„Mangelware Arzt – auch bei uns?!“ lautete der Titel der Podiumsdiskussion, die Anfang September im gut besuchten Lichtenfelser Stadtschloss stattfand. Privatdozent Dr. Bernd Greger, Allgemein- und Viszeralchirurg am Helmut-G.-Walther-Klinikum in Lichtenfels, führte geschickt in die Thematik ein und moderierte die Diskussion, die gegen Ende des Abends immer lauter wurde. Greger präsentierte aktuelle Zahlen, die den kommenden Ärztemangel bundesweit belegten. Immerhin seien die Hälfte aller Hausärzte altersmäßig jenseits der 50 und junge Kolleginnen und Kollegen kämen immer seltener in Sichtweite. Überdies kehrten immer mehr Ärztinnen und Ärzte Deutschland den Rücken. 3.065 Ärzte wanderten vergangenes Jahr ins Ausland ab während 1.350 ins Land kamen. Dieses deutschlandweite Problem, vornehmlich des ländlichen Raums, sei derzeit in Lichtenfels zwar noch nicht so brennend – doch wie lange noch? Am Klinikum Lichtenfels werden freie Assistenzarztstellen seit Monaten nicht mehr ausreichend besetzt, obwohl man sich bemühe, diesem Trend entgegenzusteuern. Michael Jung, Verwaltungsdirektor, Klinikum Lichtenfels, stellte in einem Redebeitrag eine Initiative zur „Bürokratieentlastung“ der Ärztinnen und Ärzte vor. So gibt es am örtlichen Krankenhaus seit neuem „Codierfachkräfte“ und „Spezial-Sekretariate“, die den Ärztinnen und Ärzten die lästige Bürokratie abnehmen. Doch problematisch sei die Situation auch im ambulanten Bereich. Im Raum Altenkunstadt/Burgkunstadt werden Vertragsarztsitze frei, ohne dass Nachfolger in Sicht wären.

Initiative

Was tun? Neben Burgkunstadts Bürgermeister Heinz Petterich, Landrat Reinhard Leutner und Staatssekretärin Melanie Huml diskutierte mit Judith May auch eine Medizinstudentin über die Attraktivität des Arztberufs. Lange Arbeitszeiten, die unzureichende finanzielle Vergütung und ein „Dokumentationsmarathon“, der

kaum Zeit für Patienten- und Angehörigen-gespräche lasse, mache das Leben der angehenden Mediziner schwer. „Man ist im letzten Praktischen Jahr (PJ) desillusioniert, vor allem weil man weiß, dass die Situation im Ausland besser ist“, so May. Genau da setzt die Weiterbildungsinitiative Lichtenfels, ein Verbund aus Niedergelassenen und Krankenhausärzten im Zusammenwirken mit dem Ärztlichen Kreisverband (ÄKV) an. Das erarbeitete Weiterbildungskonzept (wir berichteten, *Bayerisches Ärzteblatt* 7-8/2009, Seite 349) soll die Region Lichtenfels für ärztliche Berufseinsteiger attraktiver machen. Um eine möglichst effiziente Weiterbildung junger Ärztinnen und Ärzte „aus einem Guss“ zu gewährleisten, wird beispielsweise ein unbürokratischer und zeitgerechter Wechsel zwischen den einzelnen Weiterbildungsabschnitten (Gebiete/Klinik/Praxis) sowie eine adäquate Bezahlung nach dem TV-Ärzte garantiert. Drei Interessenten hätten bereits ihre Verträge unterschrieben in der Tasche und weitere Bewerbungen seien am Laufen, so die Initiatoren der Initiative.

Anreize

Besonderen Anklang fanden die Forderungen von Dr. Max Kaplan, Vizepräsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), der unter anderem für eine Honorierung der Studenten im PJ plädierte. Grundsätzlich forderte der Vize, selbst Hausarzt, ein radikales Umdenken in Sachen Allgemeinmedizin. Das Berufsbild des Hausarztes müsse attraktiver werden und die Arbeitsbedingungen für die angehenden Kolleginnen und Kollegen müssten verbessert werden. „Mit finanziellen, struktur- und bildungspolitischen Maßnahmen muss die Politik hier Anreize setzen“, lautete sein Plädoyer. Auch eine Koordinierungsstelle, die die BLÄK mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) zu Wege gebracht habe, soll für Abhilfe schaffen. Unter Beschuss geriet Dr. Gabriel Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der KVB. Er musste sich den Vorwurf gefallen lassen, dass die KV-Regelungen und Vorgaben nicht im Sinne der Ärztinnen und Ärzte und mehr wirtschaftlichem als ärztlichem Denken geschuldet seien. Schmidt konterte jedoch, dass es sich beispielsweise bei Fragen der Zulassung oder



Diskutierten im Stadtschloss: BLÄK-Vizepräsident Dr. Max Kaplan (stehend) und Dr. Roland May, ÄKV-Vorsitzender Lichtenfels.

der Budgetierung um Gremienentscheidungen von Krankenkassen und KV handle und meist auch Bundesgesetze die Situation prägten, auf die man ja wenig Einfluss habe.

Brisanz

Melanie Huml sicherte den Ärztinnen und Ärzten bei der Lösung des „ärztlichen Nachwuchsproblems“ ministeriale Unterstützung zu und machte erstaunlich wenig Wahlkampf. Dass es bei dem einen oder anderen Redebeitrag dann mitunter sehr emotional zugeht, machte die Diskussion lebendig und zeigte die Wichtigkeit und Dringlichkeit aber auch die Brisanz des Themas. Bei der Feststellung eines Teilnehmers: „Wenn in München ein Arzt aufhört, dann fährt eine ältere Dame halt eine U-Bahnstation weiter zum nächsten Arzt. Das allerdings geht auf dem flachen Land nicht!“, spendeten alle Anwesenden Beifall. Und Burgkunstadts Bürgermeister Heinz Petterich wunderte sich, warum frei werdende Arztstellen nicht mehr besetzt werden könnten. Als problematisch sieht er es an, wenn Kommunen erst den Geldbeutel aufmachen müssen, um sich Ärzte einzukaufen. „Jede Kommune kann sich das nicht leisten“. Auch für diesen Satz gab es ordentlich Applaus. Schließlich forderten gleich mehrere Ärzte: „Weg mit der Zulassungssperre“, da diese für das Land geradezu „tödlich“ sei.

Dagmar Nedbal (BLÄK)